

# Westberlin — Zentrum des internationalen Menschenhandels

Aus dem Urteil des Obersten Gerichts vom 16. August 1961 — 1 Zst (I) 3/61 —  
gegen Vogt und andere

i

Das Oberste Gericht der Deutschen Demokratischen Republik hat im Prozeß gegen A d a m o u. a. (NJ 1961 S. 550 ff.) festgestellt, daß die herrschenden imperialistischen Kreise Westdeutschlands mit allen Mitteln den Kampf gegen die Deutsche-Demokratische Republik verstärken, um den Abschluß eines Friedensvertrages zu verhindern. Als eine der gefährlichsten Formen des kalten Krieges betreiben sie den organisierten Menschenhandel mit dem Ziel, die Ausstrahlungskraft der Deutschen Demokratischen Republik auf die westdeutschen Werktätigen zu schwächen, die DDR zu schädigen und den ersten deutschen Friedensstaat in die NATO einzuverleiben. Im vorliegenden Verfahren gegen V o g t u. a. sind diese Feststellungen in vollem Umfange bestätigt und erweitert worden.

Die Zielsetzung des Menschenhandels charakterisierte der Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes mit dem Decknamen B e n d e r gegenüber der Angeklagten Vogt folgendermaßen:

„Der Bundesnachrichtendienst ist insbesondere bestrebt, Angehörige der Intelligenz und hochqualifizierte Arbeitskräfte aus der Deutschen Demokratischen Republik abzuwerben. Dadurch soll die wirtschaftliche Entwicklung der DDR gestört und Mißstimmung unter der Bevölkerung erzeugt werden. Auf diese Weise versucht der Bundesnachrichtendienst, eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR zu erreichen.“

Durch die Vernehmung der Angeklagten und zahlreicher Zeugen wurde festgestellt, daß die Hauptträger des Menschenhandels die staatlichen Dienststellen des westdeutschen Staates sind. Mit Hilfe solcher Einrichtungen wie z. B. dem Bundesnachrichtendienst und dem Bundesamt für Verfassungsschutz wird unter Zuhilfenahme aller Mittel auf Bürger der DDR eingewirkt, um sie zum Verrat an der Arbeiter-und-Bauern-Macht zu veranlassen. Sind die ehemaligen DDR-Bürger dann in die Fänge der Menschenhändler geraten, werden sie weiter unter Druck gesetzt, um trotz erbärmlicher Behandlung in den sog. Flüchtlingslagern' von der Rückkehr in die DDR abgehalten zu werden und um den Menschenhändlern Material für die Beeinflussung weiterer DDR-Bürger zu liefern.

Im vorliegenden Verfahren ist festgestellt worden, daß die rechtswidrig in Westberlin tätige Dienststelle des westdeutschen Bundesamtes für Verfassungsschutz ein ganzes System der Ermittlungen organisiert hat, um nach Eintreffen von DDR-Bürgern in den sog. Flüchtlingslagern ihre Lebensverhältnisse in der DDR und die Gründe ihres Verrats an der Arbeiter-und-Bauern-Macht zu überprüfen. Für diese Zwecke waren der Angeklagte H e r d e und der Zeuge P o s s ö g e l jahrelang tätig. Das Material dient dazu, die ehemaligen DDR-Bürger zu erpressen, sie zu weiteren strafbaren Handlungen gegen die DDR zu veranlassen und Ansatzpunkte dafür zu gewinnen, andere Personen den Menschenhändlern zuzuführen. Deshalb stellen die organisierten Ermittlungen über Personen, die bereits die DDR verlassen haben, auch einen Bestandteil des Systems des Menschenhandels dar. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß die Ermittlungen des Angeklagten Herde und des Zeugen Possögel in keinem Fall zur Feststellung politischer Ursachen des Verlassens der DDR führten. Obwohl dieses Material den Westberliner Agenturen abgeliefert wurde, wird täglich in der Westberliner Rundfunk- und Pressepropaganda die Lüge über die angeblichen politi-

schen Ursachen des illegalen Verlassens der DDR verbreitet.

Eine besonders aktive Rolle bei der Organisation des Menschenhandels mit DDR-Bürgern spielt das Ostbüro der SPD. Aus den Aussagen der Zeugin B o e h m, die hauptamtlich in dieser Dienststelle arbeitete, ergibt sich, daß das Ostbüro der SPD mit Hilfe seines vom Lemmer-Ministerium finanzierten Referats Mitteldeutschland und dessen Redaktion „Freie Junge Welt“ eine umfangreiche Feindtätigkeit in dieser Richtung entwickelt. Diese Dienststelle konzentriert ihre Bemühungen auf die Gewinnung von Jugendlichen aus der DDR, die mit Hilfe von Kursen im sog. „Haus der Begegnungen“ in Berlin-Tempelhof ideologisch beeinflusst, zur Spionage ausgenutzt und zum illegalen Verlassen der DDR veranlaßt wurden. Die Zeugin Boehm bestätigte auch, daß das Ostbüro keine politische Bindung zu den offiziellen Zielen der SPD hat. Kennzeichnend ist die Tatsache, daß von den Angeklagten des vorliegenden Verfahrens der ehemalige Faschist W e g n e r jahrelang Agent des Ostbüros der SPD war.

Durch die Aussagen von Patrioten, die im Auftrag der Sicherheitsorgane der Deutschen Demokratischen Republik jahrelang bei den Geheimdiensten der Westmächte tätig waren, wurde festgestellt, daß auch diese Geheimdienste sich in Westberlin neben Spionage in letzter Zeit verstärkt mit dem Menschenhandel beschäftigen. Das geschieht durch den amerikanischen Geheimdienst, wie der Agent einer Spezialabteilung Ledermann gegenüber dem Zeugen M a s k e erklärte, um die DDR kaputtzumachen. Der Zeuge S o s n o w s k i bekundete, daß ganze Familien von ehemaligen DpR-Bürgern, die in die Fänge der amerikanischen Menschenhändler geraten sind, mit USA-Militärmaschinen von Tempelhof nach Westdeutschland ausgeflogen werden. Mit welchen schmutzigen Mitteln der amerikanische Geheimdienst DDR-Bürger anwirbt, zeigt die Aussage der Zeugin H a a c k, der man ihre Kinder vorenthielt, um sie zur Agententätigkeit zu zwingen. Auch der englische Geheimdienst versucht seit Jahren, Ingenieure, Facharbeiter, Techniker und Mitarbeiter wichtiger Dienststellen zum illegalen Verlassen der DDR zu veranlassen, wie der Zeuge K o h l e r aussagte. Über die verbrecherischen Methoden des französischen Geheimdienstes ergeben sich umfassende Feststellungen aus den Aussagen des Zeugen P i o c h, der neun Jahre als Befrager in den französischen Sichtungsstellen in Westberlin tätig war. Auch der französische Geheimdienst sammelt Material über Bürger der DDR aus den Aussagen von Insassen der Flüchtlingslager und verwendet dieses, um durch Versprechungen und Drohungen weitere Bürger der DDR zum Verrat an der Arbeiter-und-Bauern-Macht zu veranlassen. Um dieses Material zu erhalten, werden ehemalige DDR-Bürger in den Befragungsstellen unter Druck gesetzt, mißhandelt und in einzelnen Fällen zum Selbstmord getrieben. Entgegen allen anderslautenden Beteuerungen offizieller Dienststellen organisiert der französische Geheimdienst in Westberlin unter Jugendlichen, die die DDR verlassen haben, auch die Werbung für die Fremdenlegion. In den französischen Transportzügen werden unter falschen Deklarierungen Waffen für die Westberliner Bürgerkriegsmiliz befördert. Aus den Aussagen des Zeugen Pioch ergibt sich auch, daß sich die imperialistischen Geheimdienste gegenseitig bespitzeln. So wurde dieser Zeuge durch einen Mitarbeiter des westdeutschen Bundesnachrichtendienstes aufgefordert, Informationen über französische Offiziere zu liefern. Dazu